

POSTULAT von Silvia Steiner (CVP, Zürich), Franco Albanese (CVP, Winterthur) und Max Clerici (FDP, Horgen)

betreffend Finanzielle Unterstützung von Brandschutzschulungen durch die Gebäudeversicherung

Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen, ob im Kanton Zürich die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden können, die die finanzielle Unterstützung von Ausbildungen zum Verhalten bei Bränden und der Handhabung von Kleinlöschgeräten durch die Gebäudeversicherung vorsehen.

Silvia Steiner
Franco Albanese
Max Clerici

24/2014

Begründung:

Bei Brandereignissen können eine gute Prävention und eine schnelle Intervention die Ausbreitung eines Feuers und weitere Schäden vermeiden. Eine Ausbildung, wie man sich bei Bränden zu verhalten hat, wie man mit bestimmungsmässigem Feuer sachgemäss umgehen sollte und wie Kleinlöschgeräte eingesetzt werden können, trägt dazu bei, dass im Brandfall richtig reagiert wird. Verschiedene Unternehmer aus Industrie, Gewerbe und Verwaltung lassen ihr Personal deshalb von ausgewählten Institutionen schulen. Wünschenswert wäre, dass möglichst viele im Kanton Zürich berufstätige oder wohnhafte Personen das richtige Verhalten im Brandfall kennen, was im Sinne der Schadensverhütung wäre. Mit einem Beitrag an die Ausbildungskosten könnte ein Anreiz für Unternehmer geschaffen werden, auf freiwilliger Basis ihr Personal zu schulen. Dadurch könnte der Anteil an geschultem Personal erhöht werden.

Eine solche finanzielle Unterstützung kennt beispielsweise der Kanton Bern. Die dortige Gebäudeversicherung zahlt einen Beitrag an die Kosten von Brandschutzschulungen und ermöglicht dadurch eine gezielte Prävention. Die finanzielle Lage bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) würde eine solche Subventionierung ohne weiteres zulassen. Zudem würde eine solche Unterstützungsleistung an Unternehmen einen Standortvorteil für den Kanton Zürich bedeuten und käme einer wirtschaftsfördernden Massnahme gleich, die einen Anreiz für Firmen bildet, sich für den Kanton Zürich zu entscheiden. Die Einführung einer solchen Subventionierung wäre zudem absolut vereinbar mit den fünf strategischen Zielen der GVZ bis zum Jahre 2016 und würde die Bemühungen der GVZ zur Erreichung dieser Ziele mit fördern. Die Schadenssumme bei Brandereignissen steigt zudem seit Jahren. Im Jahre 2012 betrug diese 52,7 Mio. Franken (vgl. Anhang zum Geschäftsbericht 2012, S. 17). Der Anteil von Feuerschäden bei bestimmungsmässigem Feuer wie Kerzen, Lötlampen, Schweissbrenner und Rauchzeug betrug 21.7 Mio. Franken. Ein grosser Teil dieser Brandereignisse könnte durch gezielte Schulung und Prävention vermieden werden.